Anlage 48 zur GRDrs. 823/2023

**Verlängerung von Ermächtigungen**

**zur Einstellung von Personal**

**außerhalb des Stellenplans**

| Stellennummer,  Kostenstelle | Amt | BesGr.  oder  EG | Funktions- bezeichnung | Anzahl der Stellen | Stellen- vermerk | durchschnittlicher jährlicher kostenwirksamer Aufwand in Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 060.5000.050  5040 5015 | Sozialamt | S 17 | Sachgebietsleiter/-in | 1,00 |  |  |

**Antrag:**

Der Verlängerung der Ermächtigung (GRDrs. 239/2022) für die Sachgebietsleitung „Soziale Beratung und Bürgerschaftliches Engagement für Geflüchtete“ bis 12/2027 wird zugestimmt.

## Begründung:

Für die in Notunterkünften untergebrachten Menschen gab es keine städtischen Ressourcen für eine soziale Betreuung. Gleichzeitig besteht das erklärte Ziel, möglichst viele ukrainische Geflüchtete dezentral in Wohnungen unterzubringen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es zum Erhalt der Mietverhältnisse erforderlich ist, die geflüchteten Menschen entsprechend zu begleiten. Hierfür ist eine flexible und über das gesamte Stadtgebiet einsetzbare soziale Betreuung erforderlich. Die soziale Betreuung durch die freien Träger ist auf die bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte fokussiert. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Anzahl der individuellen und dezentral gelegenen Wohnungen in der Flüchtlingsunterbringung deutlich erhöht und sich damit die soziale Betreuung nicht mehr schwerpunktmäßig alleine in den Gemeinschaftsunterkünften abbilden lässt. Für diese veränderte, besonders flexibel zu gestaltende und dezentrale Aufgabe lagen bis zur Einrichtung der Ermächtigungen mit GRDrs. 239/2022 keine entsprechenden personellen Ressourcen vor.

Derzeit befinden sich circa die Hälfte der Geflüchteten aus der Ukraine in privaten Unterbringungsformen, wie dezentralen Wohnungen. Vonseiten freiwillig Engagierter, die einen engen Kontakt zur Zielgruppe pflegen, wurde auf den Bedarf an spezialisierten Beratungsinhalten, wie Versicherungsschutz, Einstieg in die Erwerbstätigkeit und Rahmenbedingungen von Untermietverhältnissen hingewiesen und eingefordert.

Zudem gibt es einen großen Beratungsbedarf beim und nach dem Auszug aus einer Notunterkunft in Privatwohnraum. Zudem können die Mitarbeitenden der sozialen Beratung in kritischen Lagen in den Notunterkünften eingesetzt werden, um das Personal dort kurzfristig zu unterstützen.

Es ist davon auszugehen, dass sich der Bedarf an Unterstützung weiter erhöht, je länger der Krieg in der Ukraine andauert und die Rückkehrmöglichkeiten sich weiter verzögern. Damit erweitern sich auch die Beratungsthemen in den Bereichen Arbeit, Integration und Gesundheit.

Hierfür ist eine flexible und über das gesamte Stadtgebiet einsetzbare soziale Betreuung durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit erforderlich.

Folgende Aufgabenschwerpunkte sind für die Sachgebietsleitung zurzeit definiert:

* Leitung des Sachgebiets
* Dienst- und Fachaufsicht für Mitarbeitende für die soziale Arbeit für Geflüchtete aus der Ukraine in Privatwohnraum sowie für die Koordinationsstelle Bürgerschaftliches Engagement in der Arbeit mit Geflüchteten
* Aufbau des neuen Sachgebiets und Entwicklung der Konzeption, inklusive der Prozesse und Strukturen zur Sicherung der fachlichen Qualität und der Nachhaltigkeit in der Arbeit
* Etablierung einer niedrigschwelligen, partizipativen, aufsuchenden und sozialraumbezogenen Arbeitsweise des Dienstes und Sicherung der Präsenz in Stuttgarter Quartieren
* Fachberatung der Mitarbeitenden in schwierigen Fallkonstellationen, Krisen- und Konfliktmanagement
* Kooperations- und Gremienarbeit zur Stärkung der regionalen Strukturen, transparente Kommunikation wichtiger Themen und Problembereiche gegenüber innerstädtischen und externen Akteuren/-innen im Stuttgarter Hilfesystem
* aktive Gestaltung der Zusammenarbeit mit allen Organisationsformen Bürgerschaftlichen Engagements in Initiativen, Stiftungen, Vereinen, Verwaltung und Unternehmen
* regelhafte und anlassbezogene schriftliche Berichterstattung, Verantwortung für Statistik und Dokumentation, Sicherstellung der Bearbeitung von Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit sowie Organisation und Durchführung von Fach- und Vernetzungsveranstaltungen zu relevanten Themen der Zielgruppe und/oder der Engagierten in Zusammenarbeit mit anderen Akteur/-innen in dem Handlungsfeld
* bei Engpässen, z. B. durch die plötzliche Eröffnung neuer Notunterkünfte: Organisation der Unterstützung der Träger der Flüchtlingshilfe durch das Sachgebiet

Bei der Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine handelt es sich um eine neue Aufgabe, die das Sozialamt seit dem Krieg gegen die Ukraine und der daraus resultierenden Anwendung der Massenzustromrichtlinie erfüllen muss. Da der Krieg gegen die Ukraine aktuell weiter anhält, sind weiterhin Ressourcen für die o. g. Aufgabenerfüllung gebunden. Durch die Verlängerung der Ermächtigung wird die Handlungsfähigkeit während der andauernden Krise gesichert.